

**Rede des ungarischen Außenministers dr. János Martonyi anlässlich der
Vortragsveranstaltung der Gesellschaft für Außenpolitik zum Thema:
Die Bestrebungen der ungarischen Diplomatie im Rahmen der neuen außenpolitischen
Strategie - mit einem besonderen Blick auf die europäischen Herausforderungen**

(München, Staatliches Museum für Völkerkunde, 6. Februar 2012)

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte mich für die Verspätung entschuldigen. Ich bin aber mit einer deutschen Fluggesellschaft angereist. Obwohl die Deutschen immer pünktlich und tüchtig sind, haben jetzt alle Fluggesellschaften wegen der Kälte eine gewisse Verspätung. Ich bitte also um Verzeihung.

Nach dem ich die Einführung von Herrn Vorstandsvorsitzenden Dr. Mahr gehört habe, muss ich mir die Frage stellen, ob ich jetzt über Innenpolitik oder aber über Außenpolitik sprechen soll. Der Titel würde vorschlagen, dass ich eher über Außenpolitik spreche. Das bedeutet natürlich nicht, dass wenn Sie irgendwelche Fragen über Fakten oder die innenpolitische Entwicklung in Ungarn haben, Sie sie nicht stellen könnten: Ich bin natürlich gerne bereit, auch diese Fragen zu beantworten. Was die Fakten anbelangt: Die sind natürlich immer da, die sind manchmal vergessen. Nur ein kleines Beispiel: Die Mitglieder von unsrem Medienrat werden nicht durch den Ministerpräsidenten ernannt, sondern vom Parlament gewählt.

Ich habe einen ganz schönen Text mit mir, ich habe aber geglaubt, dass ich wegen der Verspätung diesen ganz schönen Text nicht vorlesen kann oder darf. Das ist die gute Nachricht. Das heißt, dass ich meine Vorlesung etwas kürzen werde. Die schlechte Nachricht ist, dass es auch bedeutet, dass ich viele grammatischen Fehler begehen werde. Aber vielleicht und das ist wichtig, ein Wort für den Dank. Ich will nämlich unseren besonderen Dank für die finanzielle Zuwendung des Bayerisch-Ungarischen Forums aussprechen, die Sie für die Opfer der Rotschlamm-Katastrophe in den westungarischen Ortschaften Devecser und Kolontár gewidmet haben. Die moralische und finanzielle Unterstützung die Sie uns entgegenbringen schätzt Ungarn sehr hoch.

Meine Damen und Herren!

Dieser Anfrage zum Vortrag bin ich sehr gerne gefolgt. Wie schon erwähnt, 20. Jubiläum der Unterzeichnung des deutsch-ungarischen Freundschaftsvertrages von 1992. Und das ist natürlich ein guter Anlass. Allerdings ist das nicht das erste Mal, dass ich hier in diesem Raum bin. Etwa vor 10-12 Jahren, bin ich einmal schon hier gewesen. Der Raum war damals auch sehr voll. Das ist natürlich für mich eine große, riesige persönliche Freude und Ehre. Und was die vergangenen 20 Jahre anbelangt, glaube ich trotzdem, das in Grunde genommen diese 20 Jahre für beide Staaten eine Erfolgsgeschichte war: Deutschland ist wieder vereint und wuchs zur leistungsstärksten Volkswirtschaften Europas heran. Ungarn wurde Mitglied der NATO und der EU, Teil jener Wertegemeinschaft, die auf den Grundlagen der Zusammenarbeit und Solidarität beruht, auf die Vielfalt setzt, sowie den Schutz der Demokratie und der Menschenrechte wahrt und fördert.

Es freut mich, dass ein reger Austausch zwischen Deutschland und Ungarn seit 20 Jahren immer intensiver zum Tragen kommt. Die europäische Wertegemeinschaft spannt den Rahmen für die Pflege unserer bilateralen Beziehungen: Wir haben uns gegenseitig in der Bestrebung unterstützt,

unseren Weg in das vereinte Europa wieder zu finden. Auch in Zukunft bauen wir auf eine vertrauensvolle, sich gegenseitig unterstützende Zusammenarbeit und einen ehrlichen, lebendigen Dialog.

Auch heute setzen wir auf einen ehrlichen, vertrauensvollen Dialog, auf die faire Behandlung der Probleme und Meinungsverschiedenheiten. Besonders in jener Zeit, als das Ungarnbild im Ausland, unter anderem auch in Deutschland bedauerlicherweise eine negative Note erhalten hat. In den vergangenen anderthalb Jahren vollzogen sich in Ungarn tiefgreifende Veränderungen des gesellschafts-, wirtschafts-, und politischen Systems. Ungarn erneuert sich. Die Stabilität des Landes setzt eine stabile Grundlage voraus. Diese stabile Grundlage ruht auf einem neuen Grundgesetz und auf neuen Schwerpunktgesetzen. Erhebliche wirtschaftliche und finanzielle Maßnahmen waren und sind notwendig, um die öffentlichen Finanzen in Ordnung zu bringen, die Haushaltsdisziplin wieder herzustellen und unsere Wirtschaft wieder auf den Wachstumskurs zu bringen.

Die ungarische gesetzgeberische Tätigkeit und die Arbeit der Regierung darf man, muss man kritisieren. Wie haben zahlreiche Fehler begangen, die natürlich alle korrigiert werden müssen. Wir sind nicht tadellos, wir sind Menschen. Dazu sind wir noch Politiker. Wir können eines aber nie akzeptieren: Wenn unser Engagement für die Demokratie, die Rechtstaatlichkeit und die Meinungsfreiheit in Frage gestellt wird. Das müssen wir auf das Entschiedenste ablehnen. Aber wie gesagt, heute möchten wir über Außenpolitik sprechen.

Und wenn wir über die deutsch-ungarischen Beziehungen reden, müssen wir einen ihrer fester Pfeiler hervorheben: Den engen historischen und kulturellen Band zwischen dem Freistaat Bayern und Ungarn. Bayern prägt seit über 1000 Jahren die Entwicklung der gemeinsamen Geschichte von Deutschen und Ungarn. Heute sind zahlreiche Kooperationsprogramme Zeugen der aktiven Partnerschaft, wie zum Beispiel die Regierungskommission Bayern-Ungarn, das Ungarische Institut mit Sitz in Regensburg, die deutschsprachige Andrassy Universität in Budapest, oder die Zusammenarbeit im Rahmen der Donaunraumstrategie der Europäischen Union. Die ausgeprägten bayerisch-ungarischen Beziehungen sind ein Wahrzeichen für eine erfolgreiche deutsch-ungarische Zusammenarbeit, die wiederum in der europäischen Wertegemeinschaft verankert ist.

Was ungarische Außenpolitik angeht, werde ich meine Vorlesung wesentlich verkürzen. Herr Dr. Mahr hat schon den Namen von Josef Antall erwähnt. Vor etwa 21-22 Jahren hatten wir für die ungarische Außenpolitik drei Hauptansätze - die damals gesagt, Hauptprioritäten - festgestellt.

Der erste war die Eingliederung des Landes in die sogenannten euroatlantischen Integrationen, Strukturen, die Europäische Gemeinschaft und NATO. Der zweite war eine gute Nachbarschaftspolitik, oder mitteleuropäische Politik, oder Regionalpolitik - für Ungarn natürlich äußerst wichtig. Und der dritte war die Übernahme des Verantwortlichkeitsgefühls mit den Ungarn, die in anderen Ländern, also nicht in Ungarn, sondern überall in der Welt leben. Was diese drei damaligen Prioritäten angeht, müssen wir feststellen, dass die Welt sich in der Zwischenzeit wesentlich verändert hat. Ungarn ist Mitglied von der Europäischen Union und von NATO geworden. Wir haben in der Zwischenzeit sehr wichtige und erfolgreiche politische und wirtschaftliche Strukturen für die mitteleuropäische Zusammenarbeit aufgebaut, wie die Visegrád-4 und alle andere Formen und Institutionen. Und natürlich auch was die ungarischen Minderheiten oder die Ungarn insgesamt angeht, haben wesentliche Entwicklungen stattgefunden.

Was sind also jetzt unsere Hauptansätze nach 22 oder 21 Jahren? Was die euroatlantischen Strukturen anbelangt, wie gesagt, wir sind schon Mitglieder geworden. Noch mehr. Es ist sehr wichtig, dass ein wesentlicher Teil unserer Außenpolitik jetzt im Rahmen der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik zu verwirklichen ist. Prozentuell ist es natürlich schwer zu sagen, aber für jedes Mitgliedsland - sei es groß, mittelmäßig oder klein-, ist es ganz klar, dass ein wichtiger Teil der Außenpolitik, keine sogenannte nationale Außenpolitik ist, sondern ein Teil der Außen- und Sicherheitspolitik von 27 Mitgliedsstaaten. Das ist natürlich noch nicht wie in anderen Politiken, also das ist keine gemeinsame Politik, das ist ein „work in process“. Es wird jeden Tag, jede Woche, jeden Monat stufenweise progressiv aufgebaut. Das ist eine wesentliche Änderung für ein Land, das früher kein Mitglied von so einer Gesellschaft oder Union gewesen ist.

Der erste Hauptansatz ist natürlich Europa. Welche europäische Visionen man über die europäische Zukunft hat ist zurzeit die allerwichtigste Frage. Ich möchte deshalb mehr über Europa sprechen, und nur ein paar Worte über Mitteleuropa, sowie über den dritten Hauptansatz unserer Außenpolitik, was wir globale Öffnung nennen. Also Europa, regionale Politik/Mitteleuropa und globale Öffnung.

Europa ist bei weitem die Wichtigste. Warum? Europa befindet sich an einem Wendepunkt. Die Krise ist immer ein Wendepunkt - das wissen wir, schon seit langem. Aus allen Krisen gibt es einen Ausweg. Das wichtigste ist, welchen Ausweg wir von dieser Krise finden werden. Hauptsache ist natürlich die Wirtschaft. Wir sprechen über die Wirtschaft schon seit Jahren. Früher haben wir immer über Institutionen gesprochen. Wir haben über gewisse institutionelle Erneuerung gesprochen und diskutiert. Wir hatten auch einen Konvent zusammengerufen, wir wollten eine neue europäische Verfassung oder einen Verfassungsvertrag haben, was gescheitert ist. Später haben wir trotzdem den Lissaboner Vertrag unterzeichnet. Damals haben wir geglaubt, dass damit alle diese institutionellen Diskussionen, Fragen und Herausforderungen erledigt sind, oder waren. Dann kam die Krise. Seitdem sprechen wir immer über Haushaltsdefizit, über Haushaltsdisziplin, über Wachstum. Ich will natürlich nicht alle diese Entwicklungen erzählen, darüber wissen sie sowieso. Aber es gibt jetzt eine sehr wichtige Frage. Und zwar es ist schön über eine Wirtschaftsunion zu sprechen, es ist auch sehr schön einen neuen Vertrag zu unterzeichnen, das wollen wir, Ungarn auch, und werden es auch tun. Das war eine sehr wichtige und erfolgreiche deutsche Initiative. Und das ist alles sehr wichtig. Es ist auch sehr wichtig, dass wir irgendwie eine gemeinsame Wirtschaftspolitik aufbauen, also eine richtige Wirtschaftsunion herstellen. Wir sind alle damit einverstanden. Aber dann stellt sich die zweite Frage: Zum Beispiel sprechen manche jetzt über einen europäischen Finanzminister, eine europäische Regierung. Das ist alles schön. Aber mit welcher politischen Legitimität? Mit welcher demokratischen Legitimation? Mit welchen Institutionen? Ist die heutige institutionelle Struktur dazu geeignet? Haben die jetzigen europäischen Institutionen die demokratische Legitimität dafür? Und dann kommen wir zurück, wo wir früher waren: Ob diese Institutionen dazu geeignet sind, die Integration weiter zu machen, weiter zu vertiefen, weiter zu verstärken? Die Politik und die institutionelle Struktur wird nochmals eine sehr wichtige Rolle spielen. Wenn man Wirtschaftsunion sagt, muss man auch politische Union sagen. Ohne politische Strukturen, ohne politische –wie gesagt- Legitimation gibt es keine einheitliche oder gemeinsame Wirtschaftspolitik. Ob wir das wollen, oder nicht, das ist eine andere Frage. Wir haben überall in Europa natürlich verschiedene Ansätze, verschiedene Meinungen. Und das ist auch normal. Wir haben jetzt eine Debatte, die jetzt anfängt,

aber es ist ganz klar, dass auch die öffentliche Meinung in dieser Hinsicht ganz tief gespalten ist. Gespalten sind wir sowieso. Wir haben 17 Länder Euro-Mitglieder, und zehn außerhalb der Eurozone. Dann haben wir 23 Länder, die in dem Euro-Plus-Pakt Mitglied geworden sind, wir haben vier, die sind noch keine sind. Dann haben wir Länder, die Mitglieder vom Schengen-Gebiet sind, wir haben auch zahlreiche Mitgliedstaaten, die noch nicht im Schengen-Gebiet sind, streben aber danach – wie Rumänien und Bulgarien; und es gibt auch solche, die nie Mitglieder der Schengen-Zone werden wollen. Dann haben wir eine neue Spaltung: die Nördlichen und die Südlichen. Die Nördlichen sind fleißig, tüchtig, erfolgreich – reich auch – (das ist immer wichtig); und die Südlichen - na ja es hängt davon ab. Man spricht manchmal über das Dolcefarniente - das ist natürlich nicht wahr. Es gibt zahlreiche Vorurteile und Vereinfachungen, aber trotzdem gibt es einen gewissen Unterschied, besonders, was die Wettbewerbsfähigkeit anbelangt zwischen einigen Mitgliedstaaten und anderen Mitgliedstaaten.

Die große Frage ist, die große Herausforderung ist also, in welche Richtung wir weiter gehen wollen. Sei es der Weg der Zersplitterung, eine Art Fragmentation, stufenweise, langsam, ohne aber eine Vertiefung und Verstärkung der Integration. Manche sind für die Erste, vielleicht nicht eindeutig und laut, aber trotzdem herrscht eine Art Euro Skepsis überall in Europa. Manche sagen, dass es eigentlich nur einen einzigen Ausweg gibt: der Weg der Verstärkung und der Vertiefung wenn es nötig ist, auch durch die Verstärkung und vielleicht neuer „Beginn“ der Institutionen. Die Institutionen sind grundsätzlich richtig. Das ist natürlich sehr wichtig. Die Institutionen müssen bewahrt werden, besonders was wir die sogenannte und berühmte Gemeinschaftsmethode nennen. Gemeinschaftsmethode war immer das Herz der Entwicklung der europäischen Architektur oder der Integration. Besonders für die kleineren Staaten und die mittelmäßigen Staaten ist die Gemeinschaftsmethode äußerst wichtig. Aber auch wenn die Institutionen zu bewahren sind, ist es zweifellos, dass wir gewisse Änderungen brauchen werden. Ich will natürlich jetzt keine Liste aufstellen, das wäre eine lange Aufgabe. Es gibt aber schon einige Ideen. Wir haben bereits vor 10 oder 11 Jahren vorgeschlagen, dass der Präsident der Europäischen Kommission direkt durch die europäischen Bürger und Bürgerinnen gewählt werden sollte. Vor ein paar Monaten hat die CDU diesen Vorschlag geäußert. Ich bin damit vollkommen einverstanden. Denn das hätte eine riesige psychologische und politische Bedeutung. Man würde dann einen Präsident von Europa wählen müssen, auch wenn dieser Präsident vielleicht in der ersten Phase keine riesigen Befugnisse hätte. Aber die Tatsache, dass eine Persönlichkeit aus Portugal, aus Slowakei, aus Deutschland, aus Frankreich, aus Italien, aus Griechenland, aus welchem Lande auch immer, direkt – direkt gewählt wäre (auch aus Bayern) hätte meines Erachtens eine riesige Bedeutung. Es gibt aber auch weitere Ideen. Man würde wahrscheinlich eine kleinere Kommission brauchen, die aber eine richtige politische Legitimation hat; richtige Politiker, die vielleicht auch manchmal Fachleute sind – es ist ja nicht unbedingt ausgeschlossen, dass ein Politiker auch ein Fachmann sein kann. Aber gehen wir nicht tiefer in diese Geschichte ein. Eine kleinere Kommission mit mehr Legitimation und vielleicht auch mit mehr Befugnissen, mit mehr Verantwortlichkeit gegenüber dem Gesetzgeber. Wer ist der Gesetzgeber hier? Sind sie die nationalen Parlamente oder das Europäische Parlament? Schwer zu sagen. Aber wenn zum Beispiel mindestens ein Teil der Europäischen Parlamentarier direkt durch die europäischen Bürger und Bürgerinnen gewählt würde, - man spricht jetzt über fünfzig oder hundert, das ist eine weitere Frage – das würde vielleicht mehr

Legitimation und auch mehr Struktur, und zwar parteipolitische Struktur dem Europäischen Parlament verleihen.

Gehen wir nicht weiter, Herr Dr. Mahr hat schon dreimal auf die Uhr geguckt, ich muss mich also beeilen. Meine Meinung ist, dass der einzige Weg für Europa weiter ist. Zurück in die Geschichte kann man nie gehen. Stagnieren kann man auch nicht. Es gibt nur eine Wahl: wir müssen weitergehen. Das ist das berühmte Beispiel mit dem Fahrrad: Wenn ein Fahrrad nicht läuft, fällt es. Also Vertiefung und Verstärkung ist meines Erachtens der einzige Weg. Aber man muss sehr vorsichtig handeln. Man muss berücksichtigen, dass viele Leute in Europa damit nicht einverstanden wären. Man muss also darüber mehr sprechen, man muss mehr erklären und man muss vor allem denken; unter allen Bedingungen mehr Solidarität haben. Woher kann diese Solidarität kommen? Ohne ein gewisses Identitätsgefühl, das wir alle teilen, im Norden, im Süden, in alten und neuen Mitgliedstaaten, in reichen, in weniger reichen: man muss irgendwie eine europäische Seele, also eine europäische Identität aufbauen. Ohne diese europäische Seele oder Identität kann man keine richtigen politischen Institutionen bilden, die eine richtige, tatsächliche politische und demokratische Legitimation haben.

Also kurz zusammengefasst, das ist unsere Idee, und deswegen hat meine Regierung die Entscheidung getroffen, dass wir uns diesen neuen Vertrag anschließen werden. Das werden wir natürlich dem Parlament vorschlagen, weil wir in diesem Falle eine parlamentarische Entscheidung benötigen. Die Linie ist natürlich ganz klar. Wir haben allerdings eine rechtliche Verpflichtung, uns an die Eurozone anzuschließen. Wir sind also verpflichtet, den Euro einzuführen und deswegen glaubten wir schon immer, dass wir, also die nicht Euro-Zone Mitgliedstaaten auch Vertragspartner dieses neuen Vertrages sein sollen. Das ist mehr oder weniger über Europa.

Was Mitteleuropa angeht, das ist vielleicht auch eine Art Regionalpolitik, oder Nachbarschaftspolitik, wie gesagt. Regionalpolitik ist für uns in den letzten Zeiten wesentlich wichtiger geworden. Und zwar nicht nur für uns, sondern überall auf der Welt. Das ist der andere Teil oder anderer Ansatz der Globalisierung. Erstaunlicher Weise sind Nachbarn in der globalisierten Welt wichtiger geworden. Wie in einem kleinen Dorf, zum Beispiel. Wenn die Schneelawine kommt, braucht man seine Nachbarn. Das ist jetzt dieselbe Geschichte in der Weltpolitik: Die Welt ist ganz unsicher geworden, das wissen wir alle, es gibt eine hohe Unberechenbarkeit überall. Es gibt rasche Entwicklungen, Ereignisse, die unvoraussichtlich waren oder sind. Niemand weiß, was zum Beispiel in Asien in 1, oder 5, 10 oder 20 Jahren geschehen wird. Niemand hat den arabischen Frühling vorgesehen. Wir brauchen also Sicherheit. Und wir brauchen Freunde. Wir brauchen gute Nachbarn. Das ist unsere Nachbarschaftspolitik, das ist Visegrád-4, das ist auch die Donaunraumstrategie. Die Donaunraumstrategie ist allerdings Mitteleuropa, ein Symbol von Mitteleuropa. Nicht nur der Umweltschutz, nicht nur der Transport, nicht nur wirtschaftliche Entwicklungsprojekte. Aber auch Kultur, Erziehung, Wissenschaft, und Menschen. Und zwar Menschen, die im Donaunraum leben, und eine gemeinsame Geschichte und eine gemeinsame Kultur haben. Das war der Grund, als wir damals, als wir Präsident vom Rat der Europäischen Union waren, geglaubt haben, dass die Donaunraumstrategie eine unserer Prioritäten sein muss. Also nicht nur wegen der wirtschaftlichen Bedeutung, die überhaupt nicht zu unterschätzen ist, aber auch wegen dieser politischen und psychologischen Bedeutung. Für uns erstreckt sich Mitteleuropa in jede geographische Richtung: das ist Norden, das ist Visegrád, aber

das ist auch Westen und zwar Österreich, Bayern und Baden-Württemberg – sehr wichtige Partner und Freunde. Aber das ist auch Süden: Deswegen haben wir für die Mitgliedschaft von Kroatien in der Europäischen Union gekämpft. Wir haben die Verhandlungen mit Kroatien in den letzten Stunden – und das ist keine Übertreibung - in den letzten Stunden unserer Präsidentschaft zu Ende geführt. In März und April waren es wenige, die eine Chance für diesen Erfolg gegeben hätten. Das wurde trotzdem geschafft. Aber jetzt kämpfen wir für den Kandidaten-Status für Serbien – das ist auch wichtig. Wir wissen, dass die Deutschen da noch gewisse Sorgen, oder Fragen haben. Das kann auch richtig sein. Aber noch wichtiger ist es, dass Serbien auch kommt, und dass in Serbien die pro-europäischen politischen Kräfte nicht schwächer gemacht werden. Sondern ganz im Gegenteil. Deswegen waren und sind wir dafür, und werden auch 27. Februar im Rat für Allgemeine Fragen dafür sein, dass Serbien diesen Kandidaten-Status erhält. Und dann weiter: Rumänien, Bulgarien – das war ein rumänischer Außenminister, der sagte, dass „seit 140 Jahren, [seit 140 Jahren] hatten wir nie so gute Beziehungen mit Ungarn, wie jetzt“. Und das ist auch richtig. Wir sind jetzt Freunde geworden. Erstaunlich – das weiß ich. Darüber spricht man viel weniger in New York Times, in Neuer Zürcher Zeitung und in allen diesen Zeitungen. Und deswegen kämpfen wir noch immer, dass die Schengen-Zone auf Rumänien und Bulgarien erweitert wird. Die Deutschen sind schon einverstanden, Franzosen sind schon einverstanden. Es gibt noch ein oder zwei kleinere Länder, die noch immer Schwierigkeiten visionieren oder Schwierigkeiten machen. Aber trotzdem geben wir nicht auf, und ich bin sicher, dass Rumänien und Bulgarien sobald wie möglich Schengen-Länder sein werden und dadurch auch diese kleinere Spaltung innerhalb der Union aus dem Wege geschafft wird.

Der letzte Ansatz ist die globale Öffnung. In den letzten 20-22 Jahren waren Ungarn, aber nicht nur Ungarn sondern und auch andere Länder der Region, zuerst mit sich selbst beschäftigt. Ein riesiger Umwandlungsprozess – wirtschaftlich, politisch und in allen Hinsichten. Dann folgte die Mitgliedschaft in die europäische Integration, Mitgliedschaft in NATO – diese waren die Hauptziele. Und wesentlich weniger Aufmerksamkeit war den Kontinenten und Regionen außerhalb Europa gewidmet. Aber jetzt sind wir schon da. Wie gesagt, die Umstände haben sich wesentlich verändert, jetzt wollen wir wieder mehr Aufmerksamkeit anderen Kontinenten und Regionen lenken. Das sind nicht nur China, nicht nur Indien, nicht nur die Großmächte – das sind auch die kleineren Staaten. Es gibt ja Dutzende von Staaten und Nationen auf der Welt, die erfolgreich sind. Sogar in Afrika gibt es Länder, die das schaffen können. Niemand hat das vor 25-30 Jahren vorgesehen. Afrika war ein verlorener Kontinent, oder vergessener Kontinent – wie gesagt, das ist nicht mehr der Fall. Für die Deutschen ist es eine natürliche Frage – sie exportieren ihre Waren überall in der Welt. Wir wollen das auch. Vielleicht auch mit der Hilfe der deutschen Unternehmen, die in Ungarn anwesend sind. Es gibt bereits viele, weitere kommen – wie Mercedes, und Audi und andere. Und das bedeutet, dass unsere Weltanschauung und unsere Außenpolitik eine globale Dimension bekommen soll. Die Herausforderungen sind ja auch global. Zum Beispiel Klimaänderung: wenn die durchschnittliche Klima auf der Welt um 2 Graden höher sein wird, das bedeutet in der Mitte Ungarns, in der ungarischen Puszta, dass die Erhöhung 3 Graden sein wird. Und das ist schon schlimm. Das ist schon sehr schlimm. Aber für 15 oder 20 Staaten im Pazifischen Ozean bedeutet das das Ende. Diese Staaten werden nach einer Erhöhung von durchschnittlicher Temperatur von 2 Grad in 20-25 Jahren verschwinden. Wir sind also in demselben Schiff. Und gerade aus diesem Grund brauchen wir eine globale Vision von der Welt.

Und wir haben auch alle - große, reiche, kleine und weniger reiche - eine globale, eine universale Verantwortung. Und das wollen wir auch füllen und das wollen wir durch unsere Taten auf der globalen Ebene verwirklichen. Verantwortlichkeit also, ist, glaube ich, ein sehr wichtiger Punkt von jeder Außenpolitik. Verantwortlichkeit vor allem dingen für unsere Heimat - das ist ganz normal. Aber auch für unsere Nachbarn, auch für unsere Freunde, für unsere Verbündeten und im letzten Ende für die ganze Welt. Äußerst wichtig ist natürlich, was in Europa geschehen wird.

Ich möchte mit den Worten des ehemaligen Bundeskanzlers Konrad Adenauer meine kurze Zusammenfassung beenden. Er sagte: „Die Einheit Europas war ein Traum weniger. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie ist heute eine Notwendigkeit für alle.“

Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!